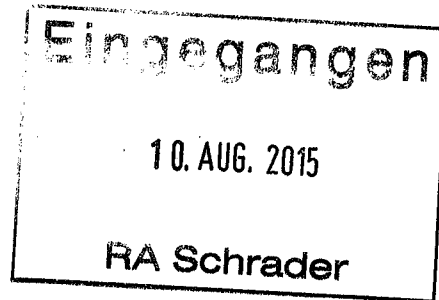


 **Bundesverfassungsgericht**

Bundesverfassungsgericht ♦ Postfach 1771 ♦ 76006 Karlsruhe

Rechtsanwälte
Dr. Christopher Frantzen & Wehle
Joachimstaler Straße 10-12
10719 Berlin



Karlsruhe,

0 3. AUG. 2015

Ihr Aktenzeichen cfl/s/2810rütten&loenig

Sehr geehrte Damen und Herren,

anliegend wird Ihnen die Entscheidung mit dem Aktenzeichen 1 BvR 2700/11 übersandt.

Mit freundlichen Grüßen
Geschäftsstelle des Ersten Senats

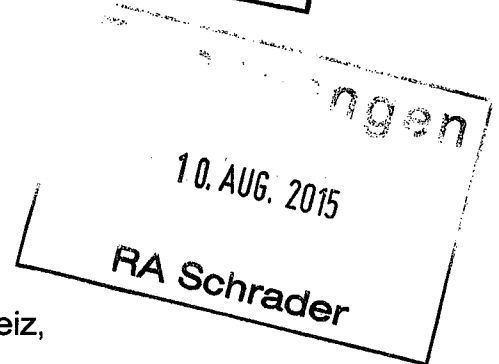
- Dieses Schreiben wurde mit Hilfe der Informationstechnik gefertigt und ist ohne Unterschrift gültig -

Ausfertigung

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

- 1 BvR 2700/11 -

In dem Verfahren
über
die Verfassungsbeschwerde



1. der Frau Ruth Imbsweiler-Oswalt,
Rufacher Straße 28, 04055 Basel, Schweiz,
 2. des Herrn Stefan Thomas Oswald,
Striempelstraße 34A, 08135 Langnau am Albis, Schweiz,
 3. der Frau Helene Oswald-Bläuer,
Zelgstraße 60, 08134 Adliswil, Schweiz,
 4. des Herrn Christof Dietrich Becker,
Chemin de Béraille 4a, 91226 Thonex/Genf, Schweiz,
- Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Dr. Christopher Frantzen,
Joachimstaler Straße 10-12, 10719 Berlin -

- gegen
- a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 16. September 2011 - BVerwG 8 B 32.11 -,
 - b) das Urteil des Verwaltungsgerichts Berlin vom 16. Dezember 2010 - VG 29 A 260.07 -,
 - c) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 1. März 2010 - BVerwG 8 C 48.09 -,
 - d) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. November 2009 - BVerwG 8 C 12.08 -,
 - e) den Bescheid des Landesamts zur Regelung offener Vermögensfragen/Landesausgleichsamt Berlin vom 27. August 2003 - II UNT 12 - 43750/1 -

hat die 2. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts durch
die Richter Gaier,

Schluckebier,

Paulus

gemäß § 93b in Verbindung mit § 93a BVerfGG in der Fassung der Bekannt-
machung vom 11. August 1993 (BGBl I S. 1473)

am 28. Juli 2015 einstimmig beschlossen:

Die Verfassungsbeschwerde wird nicht zur Entscheidung
angenommen.

Gründe:

Die Verfassungsbeschwerde ist nicht zur Entscheidung anzunehmen, weil die Voraussetzungen dafür nicht vorliegen (§ 93a Abs. 2 BVerfGG). Der Verfassungsbeschwerde kommt keine grundsätzliche Bedeutung zu. Ihre Annahme ist auch nicht zur Durchsetzung der als verletzt bezeichneten Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte der Beschwerdeführer angezeigt (§ 93a Abs. 2 Buchstabe b BVerfGG). Anhaltspunkte dafür, dass die angegriffenen Entscheidungen gegen die als verletzt gerügten verfassungsmäßigen Rechte der Beschwerdeführer verstoßen, sind auf der Grundlage des Vorbringens der Verfassungsbeschwerde nicht ersichtlich.

Von einer weiteren Begründung wird nach § 93d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

Diese Entscheidung ist unanfechtbar.

Gaier

Schluckebier

Paulus



Ausgefertigt

Mehner
(Kehrwecker)

Amtsinspektor

als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Bundesverfassungsgerichts